

Malediven im Überblick

zusammengestellt von Frederik Lange

Präsident der Malediven ratifiziert bahnbrechenden Gesetzentwurf zu häuslicher Gewalt

Präsident Mohamed Waheed, neuer Machthaber in den Malediven, hat am 26. April einen bahnbrechenden Gesetzentwurf ratifiziert, der – erstmals in der Geschichte der Malediven – alle Handlungen häuslicher Gewalt zu Straftaten erklärt. Der Präsident hat außerdem eine Behörde zum Schutz der Familie geschaffen, die Anzeigenerstattung von Gewalttaten, sowie psychologische Betreuung und Rehabilitierung für Opfer und Täter sichern soll. Es handelt sich um den ersten Gesetzentwurf, den Präsident Waheed seit seinem Amtsantritt am 7. Februar 2012 ratifiziert hat. Zusätzlich beabsichtigt der Präsident, ein Ministerium für Gleichberechtigung, Kinder und Menschenrechte zu gründen, um die schwächsten Glieder der Gesellschaft auf den Malediven aktiv zu schützen.

Präsident der Malediven bekräftigt Bekenntnis zum Commonwealth

Präsident Waheed hat im Mai den Sondergesandten des Commonwealth, Sir Don McKinnon, auf den Malediven willkommen geheißen. Dieser folgte der Einladung der Regierung und reiste für Begegnungen an, in deren Rahmen das Bekenntnis der Malediven zur Mitgliedschaft im Commonwealth, die *Commonwealth Ministerial Action Group* (CMAG) besprochen werden sollte. Präsident Waheed bestätigte, dass die Zukunft der Malediven im Commonwealth liegt. Die Regierung der Malediven bemüht sich mithilfe des nationalen Untersuchungsausschusses (CNI) gezielt um weitere Fortschritte in Sachen demokratische Transparenz: Präsident Waheed berief den nationalen Untersuchungsausschuss ein, um den im Februar 2012 vollzogenen Machtwechsel untersuchen zu lassen.

Waheed trifft indischen Premier Singh

Präsident Mohamed Waheed hat sich Mitte Mai mit dem indischen Premierminister Dr. Manmohan Singh getroffen. Bei der Zusammenkunft wurde die gegenseitige bilaterale Kooperation bekräftigt. Waheed informierte Singh über die wirtschaftliche Lage der Malediven.

Waheed lehnt frühe Neuwahlen ab

Nach der Machtübernahme des neuen Präsidenten lehnt dieser frühe Neuwahlen ab. Zwar hatte Waheed diese

nach seiner Amtsübernahme formell angekündigt, doch sei die Lage momentan nicht geeignet dafür. Diese Entwicklung dürfte eine Enttäuschung für die Bevölkerung bedeuten und wirft Fragen nach dem demokratischen Verständnis der Regierung der Malediven auf.

Waheed-Regierung zur Berufung von Ex-Präsident Nasheed in den Untersuchungsausschuss

Die Waheed-Administration brachte Anfang Juni ihre Enttäuschung über die Unfähigkeit des ehemaligen Präsidenten Nasheed zum Ausdruck, geeignete Kandidaten zu benennen, die die vereinbarten Kriterien für die Mitgliedschaft im nationalen Untersuchungsausschuss (*Commission of National Inquiry*, CNI) erfüllen. Die Administration stimmte gemeinsam mit Sir Don McKinnon, dem Sonderbeauftragten des Commonwealth, den Referenzrahmen des nationalen Untersuchungsausschusses zu, die alle nominierten Kandidaten erfüllen müssen, um in den Ausschuss aufgenommen zu werden. Die Administration hatte den ehemaligen Präsidenten Nasheed aufgefordert, einen Kandidaten für den Untersuchungsausschuss zu benennen. Seine jüngste Nominierung ist Lt. Colonel Zubair Ahmed Manik, der als Offizier in den Streitkräften der Malediven dient, jedoch die Anforderung nicht erfüllt, ein Studium abgeschlossen zu haben. Nasheed wird vorgeworfen, wiederholt nicht akzeptable Bewerber vorgeschlagen zu haben. Dies deutet auf mangelnden Willen zur Zusammenarbeit hin. Die Administration hat bereits zugestimmt, die Referenzbedingungen des staatlichen Untersuchungsausschusses einem Vorschlag des Commonwealth entsprechend zu ändern, und einen ausländischen Richter als Vize-Vorsitzenden in den staatlichen Untersuchungsausschuss aufzunehmen.

Ehemaliger Präsident Nasheed äußert sich zur Meinungsfreiheit in den Malediven

Mohammed Nasheed hat sich Anfang Juni des Jahres in einer Rede zur Meinungsfreiheit in seinem ehemaligen Heimatland geäußert. Darin brachte er seinen Unmut über die derzeitige Situation in den Malediven zum Ausdruck. Nasheed war 2008 als demokratischer Hoffnungsträger und Reformler aus dem Exil in den südasiatischen Inselstaat zurückgekehrt, musste allerdings im Februar 2012 nach Sri Lanka flüchten, nachdem es massive Proteste gegen ihn und seine Reformpolitik gegeben hatte.